**Barbara Kappel,** *im Namen der ENF-Fraktion***.** – Herr Präsident, Herr Kommissar Hill! Wir einigen uns heute darauf, dass die Reform des Wertpapiermarktes, das heißt die Regulierung von Finanzinstrumenten, um ein Jahr verschoben wird. Und das ist gut so, wenngleich ich inhaltlich die Kritik des Berichterstatters teile und es kein Freibrief sein soll, weder für die Kommission noch für ESMA, hier die Dinge zu verzögern. Faktum ist jedoch, dass weder die Aufsichtsbehörden noch die Finanzindustrie im kommenden Jahr für die Umsetzung bereit sind. Zu komplex ist das Regelwerk, und MiFID II soll schließlich die richtigen Konsequenzen aus der Finanzkrise 2007-2009 ziehen und dem rasanten Fortschritt im Wertpapierhandel Rechnung tragen.

Ziel von MiFID ist es, mehr Transparenz zu schaffen und insbesondere den Anlegerschutz zu verschärfen. Dazu werden stärkere und strengere Berichtspflichten für Banken und für Handelshäuser notwendig sein. Auch die Rohstoffindustrie ist betroffen, das wurde heute schon angeführt. Rohstoffhändler sollen künftig wie Finanzinstitute behandelt werden, und ihre Absicherungsgeschäfte sollen mit Eigenkapital unterlegt werden. Festgemacht ist das an zwei Größenkriterien: dem Anteil spekulativer Derivativgeschäfte am Handelsvolumen und an einem Marktanteiltest. Rohstoffhändler dürfen in bestimmten Warenkategorien nur noch bestimmte Schwellenwerte an Waren besitzen, bei Ölprodukten 3 % oder 20 % bei Emissionszertifikaten.

Rohstoffhändler sind jedoch keine Banken, und der Kommissar hat es angesprochen: Hier soll nachjustiert werden, hier muss eine Regelung gefunden werden, denn die Regulierung der Rohstoffbranche könnte insbesondere bei einem Anziehen der Preise zu ernsthaften Finanzierungsproblemen führen.